

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Geispaß. Colonelle für Arbeitsgehalte 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.



Krieg

Peter Bauer.

Noch immer raft der Krieg. Der grimme Krater wirkt auf die Welt wie glähe Lavafut den Tod. Da heut kein Haus, kein Engel Gut.

Nachts irren Sterne: suchen ihren Vater verteilte Kinderaugen, stumm und stier; höhnt Witwentum wie ein verwundet Tier.

Und hinter Wolken birgt sein weinend Antlitz Gott.



Die Kgl. Bayerischen Hüttenwerke während des Krieges

Wie fast im ganzen einheimischen Wirtschaftsleben, so traten nach Kriegsausbruch auch in den Kgl. Hüttenwerken Bayerns größere Geschäftsstockungen ein. Im August 1914 sank die Produktion dieser Betriebe auf 45 % der normalen Erzeugung, um dann im Dezember wieder auf 66 % zu steigen. Inzwischen wird die Geschäftsbelebung eine weitere Besserung zu verzeichnen haben, da im verfloßenen Jahre in Amberg auch ein größeres Werk zur Herstellung von Geschossen eingerichtet und in Betrieb gesetzt wurde.

Von dem Arbeiterstand, der vor Kriegsausbruch etwa 2300 betrug, wurde über die Hälfte zum Heeresdienst eingezogen. Durch Neueinstellungen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten auf etwa 1700 einschließlich weiblicher und jugendlicher Arbeiter. Dazu kommen noch einige Hundert Kriegsgefangene, die vornehmlich in den oberbayerischen Hüttenwerken Verwendung finden.

Der Übergang der Hüttenbetriebe von der Friedens- zur Kriegsproduktion vollzog sich im Gegensatz zur Privatindustrie ziemlich schmerzhaft, was bei der herrschenden unständlichen Verwaltungspraxis nicht besonders verwunderlich erscheint. Viele Arbeiter verließen in dieser Zeit der Stockung die Hüttenwerke wegen mangelnder Beschäftigung und Einnahme und gingen zur Privatindustrie. Das Hüttenwerk Bergen stellte sogar die Lehrlinge drei Monate aus, unbekümmert darum, daß dieses Vorgehen eine Pflichtverletzung eines „staatlichen Musterbetriebes“ als Lehrherrn dem Lehrling gegenüber bedeutet. Dem hier malenden Amtsvorstand M. kann das wenig rühmliche Zeugnis nicht versagt bleiben, daß er während der Kriegszeit nichts verschäumt hat, um durch selbstherrliche Maßnahmen eine steigende Verbitterung in die Arbeiterschaft hineinzutragen. (Siehe Nr. 23 d. Verb.-Org. 1915). Auch er wird sein „Damastus“ finden.

Da der Geschäftsgang unregelmäßig war, so traf dies auch auf die Arbeitszeit und Lohn der Hüttenarbeiter zu. Arbeiter mit 350 Arbeitsstunden in einem Monat waren keine Seltenheit, wie auch andererseits wiederum mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde. In Sonthofen wurden auch zeitweise Arbeiterinnen zur Nacharbeit herangezogen.

Der christliche Metallarbeiter-Verband, dem das Groß der organisierten Hüttenarbeiter angeschlossen ist, hatte während des Krieges fast allzu reichlich Gelegenheit, die berechtigten Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu vertreten. Nach Ausbruch des Krieges, als der Mangel an Arbeitsaufträgen und teilweise eine verklärte Arbeitszeit eintrat, wurden von Verbandswegen Schritte unternommen, daß auch die Hüttenwerke größere Posten Heereslieferungen in Auftrag erhielten. Die Rechte der angestellten Lehrlinge konnten durch das Eintreten des Verbandes gewahrt werden. Als spätlichin Affordverfäzungen seitens einiger Amtsvorstände in einseitiger Regelung vorgenommen wurden, konnten diese wiederum durch unser Vorgehen entweder rückgängig gemacht oder vermindert werden.

Ein besonderes Kapitel in unserer Kritik bot die Behandlung der Arbeiter und ihrer Vertretungen durch einzelne Werkvorstände und die Generaldirektion selber. Der Geist, der hier bei den Vorgesetzten obwaltete, vertrat sich sehr wenig mit der großen Zeit, in der wir leben. Viele Herrren glaubten wohl, in punkto Behandlung gerade

jetzt im Kriege den Arbeitern und ihren Vertretungen, Arbeiterausschüssen und Gewerkschaftsfunktionären, alles bieten zu können. Die Generaldirektion hüllte sich nicht nur gegen alle vorgebrachten Beschwerden in Stillschweigen, wodurch das Vorgehen ihrer untergeordneten Organe wesentlich unterstützt wurde, sondern der Herr Generaldirektor M. selber gebrauchte die bis heute noch nicht widerlegte Aeußerung, daß die Gewerkschaftsvertreter von den einzelnen Amtsvorständen nicht empfangen werden sollten.

In erfrischend deutlicher Weise wurde nun jüngst im Finanzausschuß des Bayerischen Landtages von den Vertretern der christlichen Arbeiterschaft an diesen Zuständen Kritik geübt. Herr Generaldirektor M. pries nun in vielen Worten seine Arbeiterfreundlichkeit, ohne aber auf den Kern der Sache einzugehen. Dies gab dem Landtagsabgeordneten Feld Veranlassung zu der Anfrage an den Finanzminister v. Dreunig, wie er sich zu den Arbeiterausschüssen und Organisationsbetreibern stelle. Die Antwort, die der Staatsminister darauf gab, ist wert, hier vollständig veröffentlicht zu werden. Er sagte nämlich:

„Herr Abg. Feld hat mich gefragt, welche Stellung ich gegenüber den Vertretern der Arbeiterorganisationen und Arbeiterausschüssen einnehme. Ich habe bereits früher erklärt, daß ich die Einrichtung der Arbeiterausschüsse für sehr begrüßenswert halte und selbst beim Besuche der Werke die Arbeiterausschüsse zusammenzutreten lasse, um zu hören, welche Wünsche von ihnen vorgebracht werden. Bei meinen letzten Werksbesuchen habe ich die Ausschüsse nicht versammelt lassen, da ich außerordentliche Eile hatte und mein Herr Generaldirektor versichert, daß er selbst nicht lange vorher auf den Werken gewesen sei und die Arbeiterausschüsse gehört habe. Das wird Ihnen die Antwort selbst geben: ich bin der Ansicht, daß die Arbeiterausschüsse die Organe sind, die die Wünsche der Arbeiter gegenüber der Verwaltung zu vertreten haben, sie also vertreten dürfen und sollen. Demgegenüber steht die Verpflichtung der Staatsregierung und ihrer Organe, die Arbeiterausschüsse zu hören.“

Dasselbe gilt von den Vertretern der Arbeiterorganisationen. Es darf und kann darüber gar kein Mißverständnis bestehen. Ob eine Frage, die vielleicht schon erledigt ist, noch weiter zum Gegenstand der Diskussion mit den Arbeitervertretern gemacht würde, ist eine Sache für sich. Das hebt aber das Grundprinzip nicht auf, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen von der Staatsregierung, von der Generaldirektion und ihren Beamten, aber auch von mir persönlich, wenn jemand zu mir kommt, jederzeit gehört werde.“

Hoffentlich werden diesen erfreulichen Worten des Herrn Finanzministers auch die Taten folgen. Die Kollegen in den Arbeiterausschüssen mögen sich diese prägnanten Aeußerungen von Regierungsseite aus merken und stets manhaft für die Arbeiterinteressen eintreten.

Besonders hat sich der Finanzausschuß mit dem Entwurf eines Knappschaftskriegsgesetzes beschäftigt. Es soll dadurch in erster Linie den Kriegsteilnehmern nach ihrer Rückkehr aus dem Felde die Möglichkeit gegeben werden, ohne Verklärung ihrer selber erworbenen Rechte wieder der Kasse beizutreten zu können. Fernerhin sollten an Kriegsbeteiligte, welche Militärrente beziehen, auch die Leistungen der Knappschaftskassen unterstützt werden. Dasselbe gilt für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre Gebliebenen. Diese billigen Wünsche der Arbeiterschaft werden wohl in das Gesetz aufgenommen werden. Leider lehnte bisher das Finanzministerium es ab, den Knappschaftskassen, welche durch diese Aufgaben finanziell sehr bedrückt werden, Zuschüsse zu gewähren, mit der Begründung, daß die Finanzen des Bayerischen Staats dies nicht gestatteten. Unseres Erachtens wird sich der Staat dieser Pflicht aber nicht entziehen können. Eine Lehre wird hoffentlich der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen den Bayerischen Knappschaftskassen gegeben haben, und zwar die, daß die teilweise bis jetzt betriebene engherzige Rixturpolitik verschwinden und ein gemeinsamer finanzieller Zusammenschluß aller Klassen eintreten muß, wenn etwas erzieherisches geleistet werden soll. Die Regierung hat die Aufgabe, hier nachzuhelfen und durch gesetzliche Regelung ein großzügigeres Arbeiten im Knappschaftswesen zu ermöglichen.

Als eine Schweregeburt entpuppt sich immer mehr und mehr die Kriegsteuerungsbeihilfe für die

Staatsarbeiter und Beamten Bayerns. Schon dreimal in einem halben Jahre (Siehe Nr. 30, 42, 50 unseres Verbandsorgans von 1915) erließ die Bayerische Staatsregierung Verordnungen und Veränderungen in dieser Sache, ohne damit etwas zu schaffen, was die Zufriedenheit der Beteiligten hervorgerufen hätte. Neuerdings wurde verordnet, daß die Teuerungszulage in ihrer bisherigen Form bis Ablauf des Monats, in welchem der Krieg endigt, gewährt wird. Angesichts der vielen Beschwerden der Kollegen ersuchten wir unsere Vertreter im Bayerischen Landtag bei der Beratung des Finanzaussetzes folgende Verbesserungsvorschläge zu stellen:

1. Die Teuerungszulage solle gewährt werden auch an ledige, sowie verheiratete und verwitwete Arbeiter ohne Kinder,
2. für alle Kinder unter 15 Jahren gleichmäßig und ohne Beschränkung der Zahl,
3. für Kinder über 15 Jahren, wenn sie noch im elterlichen Unterhalt stehen.

Leider scheiterte die Erfüllung dieser berechtigten Wünsche der Hüttenarbeiter an dem stark ablehnenden Standpunkt des Herrn Finanzministers, der sich wiederum auf die schlechte finanzielle Lage des Bayerischen Staates berief, der dabei noch unterstützt wurde von den Vertretern besagten Standes, welcher die Hilfe der christlichen Arbeiterschaft schon oft gerne gewonnen hatte und unter den Kriegswirkungen nicht über wenig zu leiden braucht. Für wenig glücklich halten wir auch die Redewendung des Finanzministers v. Dreunig, daß auch von den Arbeitern mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse außerordentliche Opfer verlangt werden müßten. Die Hüttenarbeiter, die zum großen Teil mit einer großen Familie gesegnet sind, würden auch bei einer im Rahmen unserer Wünsche sich bewegenden Teuerungszulage noch genug Opfer bringen. Die ministerielle Aeußerung wird zur Verbitterung schaffen, was einem geselligen Zusammenarbeiten in den Hüttenwerken zwischen Behörden und Arbeiterschaft sicherlich nicht förderlich ist. Nachdem in Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg und noch weiteren Bundesstaaten weit höhere Teuerungszulagen ohne Ersuchen bis zu einem Einkommen von 2400 Mark gewährt werden, ist die bisher geübte Zurückhaltung des zweitgrößten Bundesstaates, Bayerns, in der Tat sachen nicht begründet.

Im Sinne unserer Wünsche beantragte Landtagsabgeordneter Kollege Osmaid, daß den Familien der zur Fahne eingezogenen Staatsarbeiter den Mehrbetrag der erhöhten Reichsunterstützung nicht durch Stützung der staatlichen Beihilfe wieder genommen werde. Die bisherige Regelung besage, daß das Gesamteinkommen der Kriegerfamilien nicht 75 % des Verdienstes des Mannes übersteigen dürfe. Dadurch würden aber gerade die linderreichen Familien geschädigt. Von Regierungsseite wurde darauf erklärt, daß dieser Punkt zurzeit Gegenstand eines Notenwechsels unter den Staatsministerien sei. Hoffentlich führt dieser zu einem befriedigenden Resultat.

Die Kollegen aus den Kgl. Hüttenwerken Bayerns erleben aus vorstehendem, daß der christliche Metallarbeiter-Verband auch im Kriege ihre Interessen voll und ganz vertreten hat. Dies wird auch zukünftig geschehen. Es muß aber andererseits verlangt werden, daß die Kollegenschaft einen größeren Werbestier für den Verband an den Tag legen, da hier noch manches Versäumte nachzuholen ist.

Inzwischen wurde unser Antrag gemäß von der Staatsregierung angeordnet, daß trotz der Erhöhung der Reichsunterstützung die staatlichen Zuschüsse von 30,00 Mark für die Ehefrau und 6,00 Mark für jedes Kind in derselben Form wie früher gewährt werden sollte.

Eine „Schnelligkeitsprämie“

Diejenigen Landwirte, welche bisher allem Drängen zum Trotz mit der Herausgabe der Speiserübseln zögerten, haben dafür jetzt eine Belohnung erhalten in Gestalt erhöhter Preise; diese sollen 1 Mark 25 Pfg. pro Zentner betragen. Wir können eine solche Maßnahme weder billig noch gerechtfertigt finden. Mit Recht werden jetzt diejenigen Landwirte es als Schädigung empfinden, die ihre Rübseln früher auf den Markt gebracht haben. Diese werden sich hüten, in Zukunft ihre Produkte zu früh auf den Markt zu bringen. Es wird ihnen in anbetracht obiger Tatsache kaum noch ein Wortwort daraus gemacht werden können.

Die Erhöhung der Preise soll zwar vorläufig zur Hälfte vom Reich, zur Hälfte von den Einzelstaaten gebett

werden, als bei Verbrauchern nicht zur Last fallen. Die... (Text continues)

Der Verkaufserlös kommt vorwiegend bei Groß... (Text continues)

Anbetracht dieses gewiß nicht landwirtschaftlich gene... (Text continues)

Dieser Vorgang zeigt an, daß neue, wohl gewaltigen... (Text continues)

Allgemeine Kundschau

Der Abzug vom Lande.

Die Deuterei auf dem Lande ist seit Jahren eine... (Text continues)

Der Kaiser kommt

Offiziell: Heinrich Versch., 8. St. im Lager.

Die letzte Tage im Februar brachten uns endlich... (Text continues)

hervor. Nach Berichten der Tagespresse hat der Oberpr... (Text continues)

Der Oberpräsident hat hier ganz zutreffend auf die... (Text continues)

Während viele wissenschaftliche Kreise, Volkswirtschaft... (Text continues)

Kriegsunterstützung der Unternehmer.

Eine Anzahl Werke haben an ihre im Kriege befind... (Text continues)

Der Zentralverband Deutscher Industrieller, Berlin... (Text continues)

An die Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher... (Text continues)

Von den Gewerkschaften wird in der Arbeiterpresse... (Text continues)

Es ist nicht ohne Bedeutung, die Offenbarkeit und... (Text continues)

Brennstoff, Gartenland und bergfeigen Unvergoldlich... (Text continues)

Zu unserer Mitteilung vom 7. Januar, betreffend... (Text continues)

„Unierer Ansicht nach sind derartige Ausgaben grund... (Text continues)

„Es handelt sich um Belastungen des Betriebes, die... (Text continues)

„Wir verbuchen derartige freiwillige Zuwendungen... (Text continues)

Eine Befähigung für die Nützlich der Auffassung... (Text continues)

Der Inhalt der beiden Schriftstücke spricht für sich... (Text continues)

Die Geschäftsstelle. Der Inhalt der beiden Schriftstücke spricht für sich... (Text continues)

Wo steht die Witter? Recht vielseitige Maßnahmen sind von den Behörden... (Text continues)

nach einem betrübten nächtlichen Geschehe des Franz... (Text continues)

Ich war grad so schön an meinem Loch am Schanzen... (Text continues)

Aber ich kam noch einmal heraus. Als es Nacht... (Text continues)

Ritten in der Nacht kamen wir nach Ripont und... (Text continues)

Ich mußte unglücklicherweise noch einen Befehl weg... (Text continues)

Gute Freunde! Von dem Augenblick an sehe ich die... (Text continues)

Und alle die ersten Tage wurden wach und standen... (Text continues)

